

Demokratie durch Krieg?

Afghanistan, Irak... Die USA wollen ihr Vorbild erzwingen – die Chancen stehen schlecht

Mit missionarischen Hoffnungen sind die USA in den Irak und in Afghanistan einmarschiert. Das Ziel: Langfristige Demokratie. Doch die Verbreitung des demokratischen Bazillus lässt sich nicht erzwingen.

Von Prof. Wolfgang Merkel

„Amerika ist eine Nation mit einer Mission. (...) Unser Ziel ist der demokratische Frieden. (...) Wir wollen die historische Aufgabe der Demokratie in Afghanistan und Irak vollenden, damit diese Nationen den Weg für andere erleuchten können“. So George W. Bush in einer Rede zur Lage der Nation.

Dahinter steht eine demokratische Dominotheorie. Wendele sich der Irak zur Demokratie, infiziere er die ihn umgebenden Autokratien mit dem demokratischen Bazillus und der Nahe Osten würde sich in eine Region des Friedens wandeln.

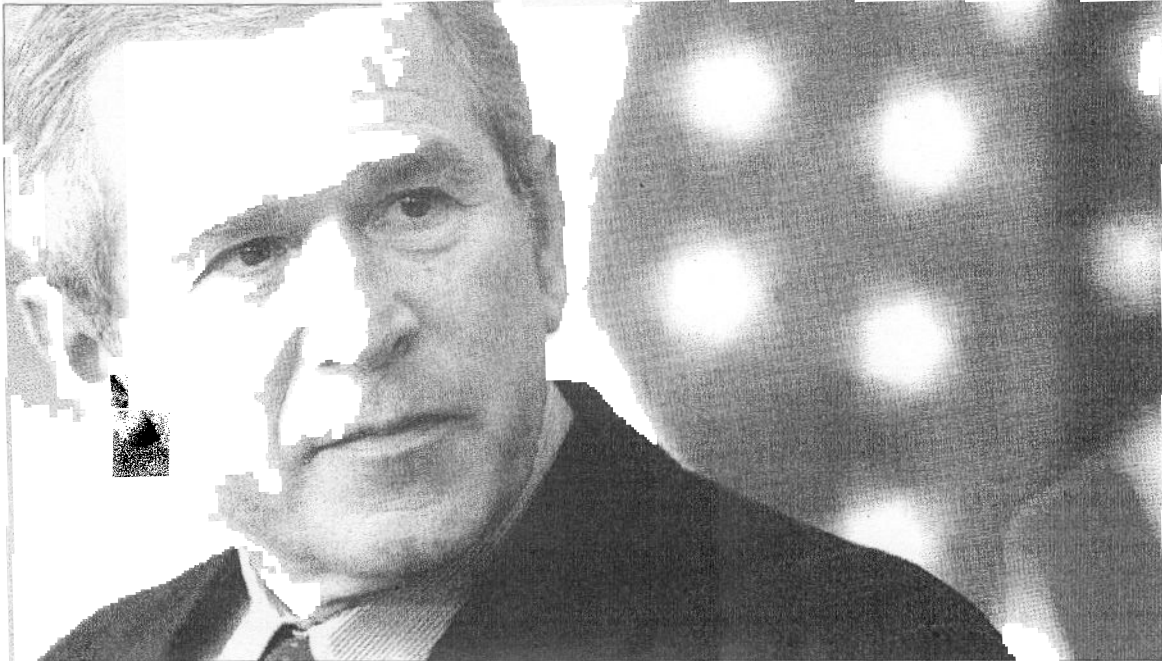
Wie realistisch ist eine solche missionarische Erwartung? Was wissen wir über den Zusammenhang von Krieg und Demokratie?

Erfolge nach dem Weltkrieg – und diverse Gegenbeispiele

Wir kennen die spektakulären Demokratisierungserfolge nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Diktaturen des totalitären Nationalsozialismus und der aggressiven Militärs in Japan haben sich nach der Kriegsniederlage rasch zu stabilen Demokratien gewandelt. Dies gilt auch für das faschistische Regime Mussolinis. Auch wenn die Kriege nicht mit dem erklärten Ziel eines demokratischen Regimewechsels geführt wurden, war dieser eine fast zwangsläufige Folge der Kriegsniederlage. Zugleich fallen aber Gegenbeispiele ein: Panama 1989, Haiti 1994 oder Bosnien 1995. Im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak ist die Demokratiefrage längst nicht entschieden.

Interventionen, die nur darauf zielen, die Diktatoren zu stützen, und nicht auf einen demokratischen Regimewechsel drängen, sind weder für die Demokratie noch für den Frieden viel versprechend. Im Gegenteil: Regime in der Grauzone zwischen Diktatur und Demokratie erhöhen die Kriegsgefahr nach innen wie nach Außen. Dies gilt gerade für multiethnisch und religiös gesplante Gesellschaften. Zum anderen wissen wir, dass die Überlebensdauer regional isolierter Demokratien in der Regel relativ gering ist. Die Chance, mit dem Irak ein leuchtendes Demokratievorbild in einer tief autokratischen Region zu etablieren und die anderen Autokratien zum Einsturz zu bringen, ist sehr unwahrscheinlich.

Damit ist jedoch die Frage, ob demokratische Interventionen gerechtfertigt werden können,

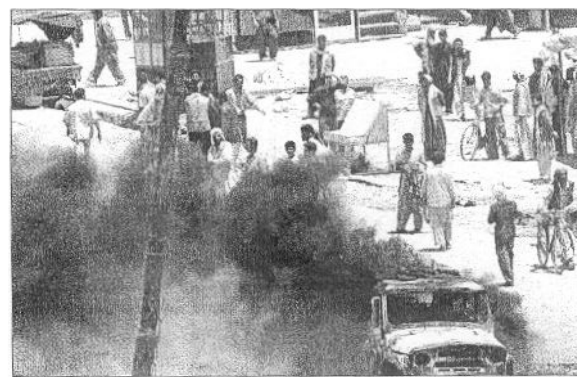


„Amerika ist eine Nation mit einer Mission“: US-Präsident George W. Bush will die Demokratisierung erzwingen.

Fotos: dpa



Krisenherd Irak: Trotz Saddam-Sturz halten die Anschläge an.



Krisenherd Afghanistan: Demokratisierung noch nicht beendet

aber nicht erledigt. Kriege allein zur Erzwingung demokratischer Verhältnisse sind nicht zu rechtfertigen. Wer wäre denn im Ernst darauf verfallen, 1970 in der Schweiz einzumarschieren, um den Frauen endlich das Wahlrecht zu verschaffen? Wer könnte denn eine bewaffnete Intervention gegen das wohlgeordnete autoritäre Regime in Singapur befürworten? Selbst gegen die rassistischen Regime Südafrikas und Rhodesiens stand eine Intervention nie zur Debatte. Demokratische Interventionen können nur dann Legitimität reklamieren, wenn sie als Abschluss so genannter humanitärer Interventionen dienen.

Massaker, ethnische Säuberungen, Staatsterrorismus – ob im früheren Jugoslawien, im Kaukasus, im Nahen Osten oder in Afrika – begründen eine moralische Pflicht zur humanitären Intervention. Denn die äußere Souveränität der Staaten muss an die innere Legitimation des Staates gebunden werden. Daraus ergibt sich ein Vorrang des Menschenrechts auf Leben vor der staatlichen Souveränität. Im Falle von flagranten Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelangt die Güterabwägung zu einem eindeutigen Schluss: Im Zweifel für die Interventionen.

Das Recht zum Kriege, hier die Unterbindung schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bedarf zu seiner vollen Rechtfertigung der Ergänzung durch das Recht nach dem Kriege. Dies ergibt sich aus der Logik, dass der Grund der Intervention, die Menschenrechtsverletzungen, auch nach dem Krieg neutralisiert werden muss. Das geschieht am besten, wenn Rechtsstaat und Demokratie etabliert werden. Humanitäre Interventionen müssen deshalb durch demokratische Interventionen ergänzt und zu ihrem erfolgreichen Ende gebracht werden.

Arglistige Täuschung der Welt

Der offizielle Kriegsgrund der USA, die Massenvernichtungswaffen im Irak, erwies sich als arglistige Täuschung der Welt. Falls es einen ethisch haltbaren Grund für den zweiten Irakkrieg gegeben hat, dann den, dass Saddam Hussein einem der blutrünstigsten Diktatoren des ausgehenden 20. Jahrhunderts in den Arm zu fallen war, um zukünftige Massaker und Opfer zu vermeiden. 400 000 Bürger Iraks wurden nach Schätzungen von Amnesty International von Saddams Regime ermordet. Rund eine Million Tote sind in dem von den USA unterstützten – Angriff der Truppen Saddams auf den Irak zu beklagen. Das Recht zum Kriege bleibt für den Angriff auf den Irak dennoch umstritten, da das Luftkontrollregime der Briten und Amerikaner das Saddams-Regime bis 2003 einigermassen in Schach hielt. Ein vorzeitiger Abzug der Amerikaner, Briten und der symbolischen Reste der Kriegscoalition wäre jedoch eine Verletzung der Nachkriegspflichten der Siegermächte. Der Irak ist ein tief gespaltenes Land. Kurden miss-

den Sunniten, Gemäßigte den Radikalen, Klerikale den Säkularen, Anhänger des Baath-Regimes allen anderen. Alle drei fundamentalen Elemente eines Staates sind im heutigen Irak umstritten: Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsmacht. Die Durchsetzung des Gewaltmonopols liegt in weiter Ferne. Ein zu früher Rückzug der Amerikaner würde einen nicht hinreichend gerechtfertigten Krieg nur noch ungerechter machen.

Treuhandbesetzung muss das Ziel sein

Allerdings bedarf es nach humanitären Interventionen einer moralisch akzeptierten Besatzungsmacht. Dieser können die USA nach Abu Ghoreib nicht mehr sein. Ohne die Stärke und Einsatzbereitschaft der US-Armee ist aber ein möglicher Bürgerkrieg kaum zu vermeiden. Das ist das Dilemma der gegenwärtigen Situation. Die USA sollten deshalb nicht nur die Kosten mit der UNO und den Europäern teilen, sondern auch die politische und militärische Macht. Die Europäer ihrerseits dürfen nicht zynisch abseits stehen, sondern müssen auch die militärischen Lasten mittragen.

Arabische und islamische Staaten müssen überzeugt werden, beim multilateralen Aufbau des Landes mitzuhelfen. Aus der feindlichen Okkupation muss eine treuhänderische Besatzung werden. Dies zu begreifen, verwerfen die Amerikaner bisher ihre Arroganz der Macht.

Der Autor ist Direktor der Abteilung „Demokratieforschung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialwissenschaften und Prof. für Politische Wissenschaft an

